

**9. Ordentliche Regionalkonferenz
Samstag, 24. November 2018 in Herne**

1 **Europa sozial gestalten.**

2 **Ein Europa der Solidarität ist ein Europa der Sozialunion**

3 **Die soziale Ungleichheit hat in der EU deutlich zugenommen.**

- 4 • 125 Millionen Menschen (ein Viertel der gesamten Bevölkerung in der EU) sind arm oder
5 von Armut bedroht.
6 • Heute sind in Europa sieben Millionen Menschen mehr von Armut bedroht und betroffen als
7 vor 10 Jahren.
8 • Im Euroraum besitzen die reichsten 10 Prozent mehr die Hälfte des gesamten Vermögens.
9 • In der EU sind 16,5 Millionen Menschen arbeitslos. Das entspricht einer Arbeitslosenquote
10 von 6,7%. In einigen Ländern Südeuropas ist diese aber ungleich höher und erreicht etwa
11 in Griechenland fast 20%. Die Jugendarbeitslosigkeit mit teilweise über 30 Prozent zerstört
12 die Zukunft einer ganzen Generation.
13 • Die Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen ist insbesondere auf den Anstieg prekärer
14 Beschäftigung zurückzuführen. In der EU sind 4 von 5 neu geschaffenen Arbeitsplätzen
15 prekär, also zeitlich befristet, schlecht bezahlt, mit schlechten oder keinen Sozialleistungen,
16 weitgehend ohne Rechte. 100 Millionen Menschen arbeiten in atypischen Jobs.

17 Diese Entwicklungen befördern nicht nur Existenzängste und den Zusammenhalt der Gesellschaft,
18 sondern sind eine Sprengkraft für die Demokratie. Wenn ein wachsender Teil der Bürger*innen die
19 Auffassung hat, die Demokratie sorgt nicht mehr für soziale Sicherheit und nicht für eine faire
20 Beteiligung am wirtschaftlichen Wohlstand, wenden sie sich von der Demokratie ab. Der Aufstieg
21 rechtspopulistischer, nationalistischer und antidemokratischer sowie europafeindlicher Kräfte hat
22 darin eine seiner zentralen Ursachen. Zudem wird deutlich, dass zunehmende soziale Ungleichheit
23 auch eine Bremse für wirtschaftliches Wachstum ist. Die Fortentwicklung der EU zu einer
24 Sozialunion ist aus sozialen, demokratischen und ökonomischen Gründen daher eine
25 Schlüsselaufgabe, der sich die Sozialdemokratie in Europa stellen muss.

26 Die zunehmenden sozialen Divergenzen in und zwischen den EU-Mitgliedstaaten sind ein
27 zentrales Element der Krise der EU. An dieser Entwicklung hat die Politik der Bundesregierung in
28 den letzten Jahren beigetragen. Das deutsche „Modell“ Exportweltmeisterschaft plus Spardiktate
29 hat die Vorbehalte vieler Mitgliedstaateng gegenüber einer deutschen Dominanz in der EU
30 verstärkt. Umso wichtiger ist es, jetzt Impulse für eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und
31 Sozialpolitik zu setzen. Die Fortentwicklung der EU zu einer Sozialunion ist dringend
32 geboten.

33 **Unsere Eckpunkte für eine Sozialunion.**

34 Die sozialen Sicherungssysteme müssen europaweit koordiniert werden. Das übergeordnete Ziel
35 besteht darin, Sozialdumping zu vermeiden. Um den Zusammenhang zwischen ökonomischem
36 Entwicklungsniveau und Sozialausgaben zu wahren, sind auf der EU-Ebene Richtwerte für
37 Sozialausgaben festzulegen. Diese Regulierung sollte sich aber nicht auf einzelne Sozialsysteme
38 in den Mitgliedstaaten beziehen, da es hier sehr unterschiedliche Schwerpunkte gibt, sondern bei
39 den Gesamtausgaben für die soziale Sicherung ansetzen. Eine europäische
40 Arbeitslosen(rück)versicherung ist eine sinnvolle europäische Sozialreform, die den sozialen
41 Zusammenhalt in der EU fördern kann.

42 Zu einer Sozialunion gehört, dass soziale Rechte und Arbeitnehmer*innenrechte Vorrang erhalten
43 vor den vier Grundprinzipien des Binnenmarktes der EU. Diese Rechte müssen als
44 Fortschrittsprotokoll Teil der Lissabonverträge werden.

45 Die Sozialunion beruht auf einem sozialen Korridor mit folgenden Prinzipien:

- 46 1. Das Regressionsverbot: Das bedeutet, kein EU-Staat darf hinter die sozialen
47 Mindeststandards, die bereits jetzt gelten, zurückfallen. Das gilt z.B. für die
48 Entsenderichtlinie.
- 49 2. Das Gebot der Mindestharmonisierung: Mitgliedstaaten können über die Mindeststandards
50 hinausgehen.
- 51 3. Aufwärtskonvergenz: Eine Anpassung der sozialen Standards darf nur nach oben erfolgen,
52 nicht nach unten.

53 In der Beschäftigungspolitik sind Obergrenze bei der Arbeitslosenquote festzulegen, nötig ist eine
54 Job- und Ausbildungsgarantie für Jugendliche. Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am
55 gleichen Ort muss durchgesetzt werden.

56 Bei der Einkommensentwicklung sind Mindestlöhne in Höhe von 60% des mittleren Einkommens
57 zu realisieren. Einkommensunterschiede müssen begrenzt werden.

58 Wir fordern:

- 59 • eine europäische Kindergarantie, um zu gewährleisten, dass auch jedes armutsgefährdete
60 europäische Kind Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung, kostenloser Bildung und
61 kostenloser Kinderbetreuung sowie angemessenem Wohnraum und Ernährung hat
- 62 • ein integrierter europäischer Plan zur Bekämpfung der Kinderarmut, der sowohl das Kind
63 als auch die Eltern mit Programmen zur Verbesserung der sozialen Integration und der
64 Berufsaussichten unterstützt
- 65 • Stärkung der Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte und der Beteiligung der
66 Arbeitnehmer an Unternehmensentscheidungen
- 67 • Unterstützung für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer*innen
- 68 • Informations- und Anhörungsrechte für alle Arbeitnehmer*innen, auch für jene in
69 Untervergabeketten und Franchiseunternehmen
- 70 • Verbesserung der sozialen Unternehmensverantwortung und der Unternehmensführung,
71 einschließlich verstärkter Arbeitnehmer*innenbeteiligung
- 72 • eine echte Kompetenzgarantie für alle muss ein soziales Grundrecht in Europa sein. Die
73 Nachfrage nach neuen Kompetenzen, insbesondere im digitalen Arbeitsmarkt, müssen
74 durch Ausbildung und durch Weiterbildung, aktive Arbeitsmarktmaßnahmen und
75 lebenslanges Lernen durch einen Weiterbildungsfonds angegangen werden.
- 76 • ein europäisches Tarifrahmensrecht analog dem Deutschen.

77 In der EU wächst die Erkenntnis, die EU zu einer Sozialunion fortzuentwickeln. So ist die
78 beschlossene Entsenderichtlinie für Beschäftigte im EU-Ausland ein wichtiger Fortschritt. Das
79 Gipfeltreffen in Göteborg für eine Säule sozialer Rechte in der EU ist ebenfalls ein wichtiger Schritt.
80 Allerdings müssen sie von einer unverbindlichen Ebene auf eine gesetzgebende Ebene gehoben
81 werden.

82 Eine europäische Sozialpolitik ist in eine Wirtschafts- und Finanzpolitik einzubinden, die auf
83 Zukunftsinvestitionen setzt. Die Investitionen in der EU sind auf einem Niveau, auf dem gerade
84 noch der Verschleiß und die Abnutzung der öffentlichen Infrastruktur ausgeglichen werden. Es gibt
85 einen enormen Investitionsstau. Die Fortsetzung der „Sparpolitik“ muss überwunden werden,
86 wenn die Lebenslagen der Menschen verbessert und die Herausforderungen der Zukunft bewältigt
87 werden sollen. Hier müssen wir als Sozialdemokraten für einen Politikwechsel sorgen. So fordert
88 der DGB in seinem „Marshall-Plan für Europa“ für einen Zeitraum von 10 Jahren Investitionen in
89 Höhe von 260 Milliarden Euro jährlich. In den Bereichen des sozialen Wohnungsbaus, der
90 ökologischen Erneuerungen, der Bildung, der Fortentwicklung der Städte und Regionen, des
91 Gesundheitswesens, der alternden Gesellschaften etc. existiert ein riesiger Investitionsstau.
92 Insbesondere brauchen wir auf europäischer Ebene einen humanitären Investitionsfonds, mit dem
93 Kommunen und Regionen finanziell in die Lage versetzt werden, die Integration und Partizipation
94 von Menschen, die vor Kriegen und politischer Verfolgung fliehen mussten und wegen Not und
95 Elend zu uns gekommen sind, zu organisieren.